Art. 9, Erl. 5 d; Art. 10, Erl. 1, 2

d) Die Post befördert nur solche fortlaufend erscheinende Presseerzeugnisse, die in der gültigen Postzeitungsliste enthalten sind²⁹. Versand in Streifbändern ist nicht gestattet. Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse, die in Paketen oder Päckchen versandt werden, unterliegen besonders scharfer Kontrolle³⁰. Dadurch hat die Post es in der Hand, nicht erwünschte Presseerzeugnisse vom Vertrieb auszuschließen. Deshalb können Presseerzeugnisse aus der Bundesrepublik, aus Westberlin und im westlichen Ausland mit Ausnahme weniger Fachblätter nicht abonniert werden. Die Einfuhr westlicher Erzeugnisse und ihre Weitergabe an andere wird als Hetze bestraft³¹ (-> Erl. 1 zu Art. 124).

Artikel 10 Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.
Fremde Staatsbürger werden weder ausgeliefert noch ausgewiesen, wenn sie wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden.
Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern. Dieses Recht kann nur durch Gesetz der Republik beschränkt werden.

1. Das Verbot der Auslieferung eines Bürgers an eine auswärtige Macht, ein Prinzip, das dem Nationalstaatsgedanken des 19. Jahrhunderts entsprungen ist und sich in den kontinentaleuropäischen Verfassungen durchgesetzt hat (z. B. Art. 112, Abs. 3 WRV; Art. 16, Abs. 2, Satz 1 GG), setzt die gesetzliche Möglichkeit voraus, die eigenen Staatsangehörigen auch für im Ausland verübte Straftaten zur Verantwortung zu ziehen¹. Diese Möglichkeit besteht in der SBZ, weil auch dort § 3 StGB gilt. Der Zweistaatentheorie folgend verweigern die Behörden der SBZ die Zulieferung von Bewohnern der SBZ an Gerichte der Bundesrepublik, wenn sie sich dort strafbar gemacht haben.

2. In dem Rechtshilfeabkommen mit Bulgarien, der UdSSR, Polen, Ungarn, der UdSSR, Rumänien und Albanien sind von der Pflicht der Auslieferung die eigenen Staatsangehörigen des ersuchten Staates ausgenommen. Ob das absolute Verbot der Auslieferung in Zukunft beibehalten wird, ist zweifelhaft. Es seien Fälle

29 § 1 Anordnung über den Postzeitungsvertrieb - Postvertriebsordnung - vom 3. 4. 1959 (GBl. I S. 403)

30 Unrecht als System, Teil II, Dokument 39

31 Unrecht als System, Teil III, Dokument 162; Dokumente des Unrechts, 4. Folge, S. 42

1 Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. I, 1960, S. 393